

Eine goldene Chance der Partei

Der 10. Parteitag der KP Vietnams

Gerhard Will

Wirtschaftsreformen haben Vietnam während der vergangenen 20 Jahre hohe Wachstumsraten und einen bescheidenen Wohlstand gebracht. Doch es zeigen sich auch immer deutlicher die Grenzen der bisherigen Reformpolitik. Von dem 10. Parteitag der Kommunistischen Partei Vietnams (KPV), der vom 18. bis 25. April in Hanoi abgehalten wurde, waren daher Strategien und Perspektiven erwartet worden, mit denen die nun anstehenden Herausforderungen des Reformprozesses gemeistert werden können. Der Parteitag hat zwar einige Führungspositionen neu besetzt, aber sich programmatisch auf Positionen zurückgezogen, die der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Dynamik des Landes kaum gerecht werden.

Nach dem Selbstverständnis der KPV sind Parteitage die Meilensteine der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung der gesamten Nation. Ihre mit großem Propagandaeinsatz betriebene Vorbereitung und aufwendige Inszenierung verleihen diesen Veranstaltungen einen hohen Stellenwert, der weder im Inland noch im Ausland ernsthaft hinterfragt wird. Auch der 10. Parteitag der KPV im April dieses Jahres zog wie kaum ein anderes Ereignis dieses Landes die Aufmerksamkeit der vietnamesischen wie internationalen Medien auf sich.

Im Mittelpunkt der Berichterstattung standen die personalpolitischen Entscheidungen des Parteitags. In einer immer noch nach den Prinzipien des »Demokratischen Zentralismus« organisierten Partei wie der KPV nimmt der Generalsekretär die wich-

tigste Führungsposition ein. Amtsinhaber Nong Duc Manh (65) war 2001 als Kompromisskandidat in diese Position gewählt worden und hatte es während der vergangenen fünf Jahre nicht vermocht, neue Akzente zu setzen oder gar bahnbrechende Initiativen in die Wege zu leiten. Im Vorfeld des Parteitags war es daher zu internen Diskussionen gekommen, ob man an ihm als Generalsekretär festhalten solle. Dem Vernehmen nach hatte es auch eine geheime Probeabstimmung gegeben, bei der er sich nur knapp gegen den Parteichef von Ho-Chi-Minh-Stadt, Nguyen Minh Triet, hatte durchsetzen können. Bei der offiziellen Wahl erzielte er dann jedoch ein standesgemäßes Ergebnis von 97 Prozent.

Bereits im Frühjahr dieses Jahres hatten Staatspräsident Tran Duc Luong (68) und Ministerpräsident Phan Van Khai (72) ihren

Rücktritt aus Altersgründen angekündigt. Ohne größere Debatte nominierte das ZK Phan Van Khais bisherigen Stellvertreter Nguyen Tan Dung (56) für das Amt des Ministerpräsidenten und den oben genannten Nguyen Minh Triet (64) für das des Staatspräsidenten. Da sowohl Dung als auch Triet aus dem Süden stammen, während Manh der im Norden lebenden Ethnie der Tay angehört, verstieß man somit gegen einen lange Zeit gepflegten Proporz, nach dem die drei oben genannten Führungspositionen auf Vertreter Nord-, Zentral- und Südviets aufgeteilt werden. Auch im neuen Politbüro erhielt der Süden mit sechs Vertretern ein etwas größeres Gewicht. Das Gremium war zuvor von 9 auf 14 Sitze erweitert worden, die nun von 8 neuen und 6 alten Mitgliedern besetzt werden.

Einiges Aufsehen erregten die Wahlen zum neuen ZK. Zum ersten Mal in der Geschichte der KPV konnten die 1178 Delegierten in geheimer Wahl aus einer Liste von 207 Kandidaten die 160 Mitglieder des neuen ZK auswählen. Geradezu als Sensation wurde es empfunden, dass 2 Delegierte von ihrem im Parteistatut vorgesehenen Recht Gebrauch machten, sich selbst als Kandidaten vorzuschlagen, und dass mehr als 30 Bewerber von den Parteitagsdelegierten und nicht von der Parteiführung vorgeschlagen wurden. Allerdings konnte sich keiner dieser zusätzlich nominierten Kandidaten bei den Wahlen durchsetzen und nur wenige kamen in die Nähe der erforderlichen 64 Prozent der abgegebenen Stimmen.

Während im Politbüro zwei Drittel der alten Mitglieder ihre Position behielten, fand im ZK ein größerer Personalwechsel statt. 73 Kandidaten zogen neu in dieses Gremium ein und nehmen damit fast die Hälfte der 160 Sitze ein. Auch der Altersdurchschnitt sank um fast 5 Jahre. Eine stärkere Repräsentation von Frauen, wie von der KPV als vorrangiges Ziel propagiert, wurde indes nicht erreicht. Im Politbüro ist keine einzige Frau vertreten, während im ZK lediglich 12 Frauen zu finden sind; das entspricht gerade mal 7,5 Prozent aller ZK-Mitglieder.

Dagegen konnten das Militär wie auch der zivile Sicherheitsapparat ihre Positionen merklich ausbauen. Der Minister für öffentliche Sicherheit Le Hong Anh rückte auf Platz 2 des Politbüros vor und ist damit nach dem Generalsekretär die wichtigste Person in der Parteihierarchie. Dem neuen ZK gehören 18 Generäle (zuvor: 14) und 7 Angehörige des zivilen Sicherheitsapparats (zuvor: 5) an, während das Außenministerium nur durch ein ZK-Mitglied vertreten ist. Obwohl die Parteiführung der zügigen Entwicklung der Wirtschaft in ihren Verlautbarungen stets hohe Priorität einräumt, konnten Vertreter des staatlichen Wirtschaftssektors ihren Stimmenanteil im ZK nicht erweitern.

Programmatische Aussagen

Der Parteitag ließ keine Zweifel daran, dass die KP auch weiterhin an dem Kurs der Erneuerung festhalten wird. Bis 2010 soll das Bruttoinlandsprodukt des Jahres 2001 verdoppelt, bis 2020 Vietnam in einen modernen Industriestaat umgewandelt werden. Dies sei aber nur dann zu erreichen, wenn alle Ressourcen mobilisiert, Bürokratie abgebaut, die Ausbildung verbessert und die noch vorhandene Armut gezielt bekämpft werde. Unabdingbare Voraussetzung hierfür müsse die konsequente Entwicklung der »Marktwirtschaft mit sozialistischer Orientierung« sein, die allein in der Lage sei, den Wohlstand der ganzen Nation zu sichern. Im Rahmen dieser Politik wurde es nun auch Parteimitgliedern, die schon unternehmerisch tätig sind, offiziell gestattet, sich als private Unternehmer zu betätigen. Umgekehrt ist es Unternehmern immer noch nicht erlaubt, Mitglied der Partei zu werden. Die Entscheidung darüber wurde auf unbestimmte Zeit vertagt.

Das zweifellos am heißesten diskutierte Thema des Parteitags war die Bekämpfung der grassierenden Korruption und die Veruntreuung von Staatseigentum. Aktueller Anlass hierfür war ein in allen Medien Vietnams ausführlich behandelter Skandal im Transportministerium. Mehrere Mitarbeiter

einer Abteilung dieses Ministeriums waren überführt worden, Entwicklungshilfemittel in Höhe von etwa 7 Millionen US-Dollar unterschlagen und auf europäische Fußballwetten gesetzt zu haben.

In seiner Eröffnungsrede bezeichnete denn auch Generalsekretär Manh die Korruption als »eine der größten Bedrohungen für die Existenz unseres Systems«. Auch viele andere Redner gingen auf dieses Thema ein, ohne jedoch die Ursachen hierfür im Einzelnen zu analysieren und adäquate Gegenstrategien zu entwickeln. Der Parteichef selbst zog sich in seiner Abschlussrede auf jene Formulierung zurück, die bereits in dem Bericht des ZK an den Parteitag verwandt worden war. Dort hieß es, die Korruption beruhe auf einer Reihe objektiver wie subjektiver Ursachen, wobei letztere einen sehr viel höheren Stellenwert einnahmen. Daraus wurde die Schlussfolgerung gezogen, dass die ideologische Erziehung der Kader intensiviert und die Führung durch die Partei auf allen Ebenen verstärkt werden müssten.

Im Ergebnis bekräftigte der Parteitag noch einmal mit allem Nachdruck das Herrschaftsmonopol der KP und erteilte allen Forderungen nach politischem Pluralismus eine kategorische Absage. Alte Propagandaparenen wie zum Beispiel »Kampf gegen friedliche Evolution«, die schon fast in Vergessenheit geraten waren, wurden wieder aktiviert, um den uneingeschränkten Führungsanspruch der Partei zu demonstrieren.

In den Aussagen und Dokumenten des Parteitags spiegelt sich dagegen eher Führungsschwäche wider. Bei der Analyse der Jahre seit dem letzten Parteitag benannte der politische Bericht zwar neben den Erfolgen auch die Defizite, aber Erfolge und Fehler werden völlig unverbunden nebeneinander gestellt und weder näher qualifiziert noch quantifiziert. Während man die Erfolge vor allem der klugen Führung durch die Partei zuschreibt, werden die Misserfolge in erster Linie der charakterlichen Schwäche der Kader oder dem unzureichenden Management auf den unter-

geordneten Ebenen angelastet. Aus den Parteitagsdokumenten gehen jedoch keine konkreten Strategien hervor, mit denen man all die Forderungen nach Beschleunigung der Reformpolitik und Beseitigung der Entwicklungshindernisse einlösen und damit die eigene Führungskompetenz unter Beweis stellen könnte.

Die öffentliche Debatte

Diese sehr allgemeinen programmatischen Aussagen und das Zurückziehen auf propagandistische Leerformeln kontrastieren stark mit jenen Diskussionen, die seit geraumer Zeit auf internationaler Ebene wie auch in Vietnam selbst geführt werden. Neben einigen in Vietnam herausgegebenen Zeitungen entwickelte sich *VietNamNet*, ein vor Ort organisiertes Internetforum, zu dem wohl wichtigsten Kommunikationsmedium für die zum Teil sehr leidenschaftlichen Auseinandersetzungen über die aktuelle Situation und die Zukunft Vietnams.

Korruption

Bei der Bewertung des Ausmaßes und der zerstörerischen Kraft der Korruption gibt es zunächst wenig Dissens innerhalb und außerhalb der Partei. Nach einer empirischen Untersuchung, die das ZK der KP selbst in Auftrag gegeben hatte, erklärten 60 Prozent der Befragten, dass sie Bestechungsgelder für öffentliche Dienstleistungen bezahlt hätten, und 30 Prozent gaben zu, dass sie bereit wären, Bestechungsgelder anzunehmen. Mehrere schwerwiegende Fälle von Veruntreuung staatlicher Gelder, wie zum Beispiel der oben erwähnte Skandal im Transportministerium, die durch massive Bestechungszahlungen an die ermittelnden Behörden vertuscht werden sollten, waren durch mutige Journalisten aufgedeckt worden und hatten dazu beigetragen, die öffentliche Empörung über eine kriminelle Praxis weiter zu steigern, die das Leben der meisten Vietnamesen tagtäglich beeinträchtigt und einen nicht

unerheblichen Teil des Familieneinkommens aufzehrt.

Bemerkenswerte Unterschiede zwischen den Verlautbarungen der Partei und der mehr und mehr öffentlich geführten Diskussion gibt es jedoch in der Frage, was man dagegen tun könne und müsse. Setzt die Parteiführung nach wie vor auf die Fähigkeit der KP zur Selbstreinigung und die Verbesserung der administrativen Mittel wie das Ende 2005 erlassene »Antikorruptionsgesetz«, so melden sich in den vietnamesischen Medien immer mehr kritische Stimmen zu Wort, die in grundlegenden Veränderungen des politischen Systems die einzige Möglichkeit sehen, effektiv gegen dieses »gesellschaftliche Übel« vorzugehen. Denn die Partei – so der legendäre Kriegsheld General Giap – sei zu einem Schutzschild für korrupte Kader geworden und daher ein wenig taugliches Instrument im Kampf gegen die Korruption.

Veränderungen des politischen Systems

Einige sehr weitgehende Forderungen, die im *VietNamNet* erhoben wurden, stellten die Basis des derzeitigen politischen Systems in Frage, indem sie politischen Pluralismus und die Streichung des Artikels 4 der vietnamesischen Verfassung verlangten, der die Führungsrolle der KP in Politik und Gesellschaft festschreibt. Die meisten Diskussions Teilnehmer hielten jedoch solche grundsätzlichen Forderungen für wenig zielführend, da sie bei der KP nur Selbstverteidigungsreflexe auslösen und keinen gangbaren Weg aus der vorhandenen Misere weisen würden.

In der Sache waren die Vorstellungen jener scheinbar gemäßigten Kritiker kaum weniger radikal. Ohne systematische Veränderungen, größere Transparenz, Gewaltenteilung, eine verantwortliche und unabhängige Presse und bessere Möglichkeiten für die Bevölkerung, sich Gehör zu verschaffen, könne man die Korruption kaum aufhalten, erklärte beispielsweise Le Dang Doanh, lange Zeit ein hochrangiger Regierungsberater und Mitarbeiter der UNDP. In die-

sen und anderen Beiträgen wird letztlich ein politisches System anvisiert, in dem Partei und Staat ihre Rolle neu definieren und sowohl die Gesellschaft als auch die Wirtschaft als ebenbürtige Partner anerkennen. Dies impliziert auch, dass man bestehende Konflikte nicht ignoriert, sondern wahrnimmt und sich frühzeitig um gewaltfreie Lösungen bemüht. Unterstützung für derartige Auffassungen gibt es sogar von Le Ka Phieu, dem früheren Generalsekretär der KP, der während seiner Amtszeit nicht gerade als Reformherausgetreten ist. Auch wenn er die Einparteiensherrschaft nicht grundsätzlich in Frage stellte, sprach er doch von der »Krankheit der Parteiisierung« und kritisierte damit das Bestreben der Partei, alles und jedes zu dominieren. Vor 20 Jahren habe es auf wirtschaftlichem Gebiet eine Erneuerung gegeben, nun – so Le Ka Phieu – sei eine demokratische Erneuerung notwendig.

Eine größere Unabhängigkeit staatlicher Institutionen gegenüber der Partei mahn ten auch etliche Abgeordnete auf der im Anschluss an den Parteitag folgenden Nationalversammlung an. Zentrale Voraussetzung hierfür ist zunächst eine Steigerung der Leistungsfähigkeit des Staatsapparats. Obgleich schon 1995 eine grundlegende Reform der öffentlichen Verwaltung beschlossen wurde, sind deren Strukturen immer noch stark fragmentiert. Wiederholt wird bemängelt, dass staatliche Behörden zu wenig miteinander kommunizieren, dass regionale und lokale Verwaltungen die Weisungen der Zentrale ignorieren und nach Gutdünken oder persönlichen Interessen agieren; häufig in Kollaboration mit den entsprechenden Parteiorganen, die über sehr viel größere Autorität verfügen als die vorgesetzten staatlichen Dienststellen.

Eine klare Regelung der Kompetenzen, Verantwortlichkeiten und Verfahrensabläufe kann nicht allein durch eine Reform der administrativen Strukturen erfolgen. Eine solche Reform müsste überdies Transparenz schaffen und Möglichkeiten eröffnen, die Regierungsgewalt auf den verschiedensten Ebenen zu überprüfen. Die

Offenlegung öffentlicher Haushalte ist hierbei ein wichtiger Schritt. Die Bewohner zahlreicher Gemeinden konnten immerhin durchsetzen, dass ihnen Rechenschaft über die Einnahmen und Ausgaben ihrer Kommune gegeben wird. Angaben über Zuwendungen von Seiten der Provinz oder der Zentrale werden indes nach wie vor als »Staatsgeheimnisse« angesehen.

Aber es geht nicht allein um die Straffung und Transparenz der Leitungsstrukturen, sondern auch um die Konzentration staatlicher Macht auf ihre genuinen Aufgaben. Neben der Gewährleistung der äußeren und inneren Sicherheit gehören hierzu die Bereitstellung öffentlicher Güter wie Rechtssicherheit, Wohlfahrt und Bildung sowie der Schutz der natürlichen Ressourcen. Die Kapazitäten des vietnamesischen Staates reichen bei weitem nicht aus, um all diese Kernaufgaben zu erfüllen. Seit etlichen Jahren kümmern sich daher Nichtregierungsorganisationen und andere nichtstaatliche Akteure wie zum Beispiel religiöse Gemeinschaften um jene Personengruppen, die nicht oder nur sehr unzureichend vom wirtschaftlichen Wachstum profitieren. Auch in den Bereichen Bildung und medizinische Versorgung übernehmen nichtstaatliche Akteure zunehmend Verantwortung.

Partei und Staat dulden diese Aktivitäten, und nicht nur auf lokaler Ebene gibt es auch Kooperationen zwischen öffentlichen und privaten Trägern, aber es fehlen nach wie vor verbindliche rechtliche Rahmenbedingungen und die offizielle Anerkennung dieser zivilgesellschaftlichen Aktivitäten als wertvoller Beitrag zur Entwicklung des Landes. Vielmehr ist es nach wie vor so, dass Partei und Staat alle Regelungs- und Entscheidungskompetenzen für sich beanspruchen, aber die Ausführung interessierten Bürgern überlassen, ohne ihnen jedoch finanzielle Unterstützung zu gewähren.

Marktwirtschaft mit sozialistischer Orientierung

Seit dem Beginn der Reformpolitik legitimiert die Partei ihre Herrschaft vor allem mit einer florierenden Wirtschaft, die nach der VR China die höchsten Wachstumsraten in Ostasien aufzuweisen hat. Die KPV sieht darin den Beweis, dass sich ihr Konzept einer »Marktwirtschaft mit sozialistischer Orientierung« bewährt habe und ohne grundlegende Änderungen weiter fortgesetzt werden könne und müsse.

Diese Auffassung stößt innerhalb und außerhalb Vietnams auf zunehmende Skepsis. Kritiker weisen darauf hin, dass das vietnamesische Wachstum vor allem durch vermehrte Inputs zustande kommt. Die Gewinne aus Erdölexporten, Überweisungen von im Ausland lebenden Vietnamesen, ausländische Direktinvestitionen und Entwicklungshilfeleistungen werden auf mehr als 25 Prozent des Bruttoinlandsprodukts veranschlagt. Würden all diese Mittel strikt nach ökonomischen Kriterien verwendet, so müsste das Wachstum noch etwa 2 Prozent über der gegenwärtigen Marke von 7 bis 8 Prozent liegen.

Tatsächlich fließt nämlich immer noch ein nicht geringer Teil der Inputs in gigantische Staatsprojekte wie die Schiffswerft Vinashinh, deren Produktionskosten weit über dem Weltmarktpreis liegen. Ähnliches gilt für Stahlwerke oder die im Bau befindliche Raffinerie in Zentralvietnam, die in staatlicher Regie betrieben werden und den dafür zuständigen Kadern eine enorme, von diesen mit entsprechender Hartnäckigkeit verteidigte Machtfülle bescheren.

Die in derartigen Projekten höchst ineffektiv verwandten Mittel fehlen in anderen Bereichen. Etwa 40 Prozent der industriellen Produktion wird in privaten Betrieben hergestellt, die weit mehr neue Arbeitsplätze schaffen als die Staatsbetriebe. Doch der private Wirtschaftssektor setzt sich aus einer Vielzahl kleiner Betriebe zusammen, die selten mehr als 50 bis 60 Beschäftigte haben. Für eine quantitative wie qualitative Ausweitung der Produktion mangelt es am Zugang zu günstigen Krediten und Land

sowie an der Fähigkeit, eigene Forschung und Entwicklung zu betreiben.

Letzteres fällt umso schwerer ins Gewicht, als die staatlich organisierte Forschung und Ausbildung chronisch unterfinanziert ist. In den letzten zehn Jahren hat sich zwar die Zahl der Studenten um das Zehnfache erhöht, aber die Anzahl der Lehrkräfte hat sich nur etwas mehr als verdoppelt.

WTO-Beitritt

Solange der Staat über enorme finanzielle wie administrative Mittel verfügt, können diese Defizite das strahlende Bild einer florierenden Wirtschaft kaum trüben. Vietnamesische wie internationale Ökonomen sind sich indes darüber im Klaren, dass der WTO-Beitritt Vietnams, der für Oktober dieses Jahres anvisiert ist, bislang gültige Regelwerke weitgehend außer Kraft setzen wird. Die Erleichterungen für vietnamesische Exporte, die mit dem WTO-Beitritt verbunden sein werden, stehen einer Reihe schwerwiegender Herausforderungen gegenüber.

Hoch subventionierte Staatsunternehmen werden sich nicht erhalten lassen, wenn man den Status einer »Marktwirtschaft« zuerkannt bekommen will. Billige Agrarimporte werden die ohnehin prekäre Situation der vietnamesischen Landwirtschaft weiter verschärfen und auch die Exportindustrie wird auf Dauer nur erfolgreich sein, wenn es ihr gelingt, höherwertige Produkte herzustellen. Denn allein mit Hilfe seiner niedrigen Lohnkosten wird sich Vietnam schwerlich gegen die regionale Konkurrenz durchsetzen können. Angesichts gestiegener Lebenshaltungskosten war es bereits zu Jahresbeginn in etlichen ausländischen bzw. Joint-venture-Unternehmen zu Massenstreiks gekommen, die nur durch eine 20-prozentige Lohnerhöhung beendet werden konnten.

Der Staat wird daher nicht nur in Bildung und Forschung, sondern auch in den Aufbau elementarer sozialer Sicherungssysteme beträchtliche Mittel investieren

müssen. Die Führung in Hanoi kann zu Recht darauf stolz sein, dass es ihr während der vergangenen zehn Jahre gelungen ist, die Armutsrate um mehr als die Hälfte zu reduzieren. Aber langfristig wird es nicht nur darum gehen, den Bedürftigen eine elementare Versorgung zu gewähren, sondern ihnen auch soziale Integration durch Arbeit und Einkommen zu ermöglichen.

Letztlich muss der Staat gegenüber der Gesellschaft und gegenüber der Wirtschaft seine Rolle neu definieren. Anstatt selbst als Akteur aufzutreten, der aufgrund der ihm zur Verfügung stehenden Ressourcen nicht den Gesetzen der Marktwirtschaft unterliegt und sie dadurch verletzt, wird er sich verstärkt darum bemühen müssen, die marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu verbessern. Dies schließt gesicherte Rechtsverhältnisse ebenso ein wie ein Bankensystem, bei dem Kredite nach kommerziellen und nicht nach politischen Kriterien vergeben werden. Der WTO-Beitritt eröffnet Vietnam zweifellos große Chancen, die aber nur dann erfolgreich genutzt werden können, wenn man sich auch auf die negativen Folgen ausreichend vorbereitet und geeignete Strategien zu ihrer Überwindung entwickelt.

Aufbruch zu neuen Ufern?

Die vom Parteitag vorgeschlagene und auf der anschließenden Tagung der Nationalversammlung formell gewählte Führungsriege – allen voran der neue Staatspräsident und der neue Ministerpräsident – wurde in den vietnamesischen Staatsmedien, aber auch in vielen westlichen Medien mit Lob und Vorschusslorbeeren überhäuft: Es handle sich hier, so der vorherrschende Tenor, um vergleichsweise junge Führungspersönlichkeiten, die den Reformprozess beschleunigen, vorhandene Defizite beseitigen und den Kampf gegen die Korruption sehr viel entschlossener als ihre Vorgänger führen würden.

Zum Beleg dieser These wird vor allem auf den neuen Staatspräsidenten Nguyen Minh Triet verwiesen, der als Parteichef von

Ho-Chi-Minh-Stadt im Jahre 2003 ein gigantisches Verbrechersyndikat aufgedeckt und zur Strecke gebracht hat. Auch als im Verlauf der Untersuchungen immer deutlicher wurde, dass hohe und höchste Kader in diese kriminellen Aktivitäten verwickelt waren, wich Triet nicht zurück, sondern setzte sich für die Verurteilung des Mafia-bosses Nam Cam und seiner Komplizen ein. Offensichtlich war Triet sich nur allzu bewusst, dass solch mafiöse Strukturen, die auch die höchsten Ebenen der Partei durchdringen, eine tödliche Gefahr für das Regime bedeuten.

Bei aller Bewunderung für diesen Einsatz Triets blieb der Prozess gegen Nam Cam eine singuläre Aktion, die nicht dazu geführt hat, dass sich das Ausmaß der tagtäglichen Korruption in Ho-Chi-Minh-Stadt merklich verringert hätte. In der Partei dürfte ihm das Verfahren gegen Nam Cam, in dem viele Interna über die Machenschaften hochrangiger Kader in die Öffentlichkeit gelangt waren, etliche Sympathien gekostet haben. Folgerichtig unterlag er in der internen Wahl um das Amt des Generalsekretärs der KPV gegen Amtsinhaber Nong Duc Manh. Als Staatspräsident verfügt Nguyen Minh Triet zwar über einen hohen protokollarischen Rang, seine konkrete Machtfülle ist aber erheblich geringer als die eines Parteichefs der größten Wirtschaftsmetropole Vietnams.

Mit 56 Jahren ist Ministerpräsident Nguyen Tan Dung fast ebenso jung wie Ho Chi Minh bei der Proklamation der »Demokratischen Republik Vietnam« Anfang September 1945. Im Unterschied zu Ho Chi Minh hat Dung die vorangegangenen Jahrzehnte jedoch nicht im Ausland verbracht und vielfältige internationale Erfahrungen gesammelt. Vielmehr ist Dung ein Mann, der im Partei- und Sicherheitsapparat Karriere gemacht hat. Er war unter anderem Vorsitzender der Kommission, der jene staatlichen Großprojekte unterstehen, deren wirtschaftliche Rentabilität mehr als zweifelhaft ist. Als engster Mitarbeiter des bisherigen Ministerpräsidenten Phan Van Khai ist der neue Amtsinhaber sicherlich

mit allen anstehenden Problemen bestens vertraut, aber bislang hat er sich noch nicht mit innovativen Vorschlägen zu deren Lösung hervorgetan.

Selbst wenn man davon ausgeht, dass es sich bei beiden Politikern um mutige Reformen handelt, die unkonventionelle Wege nicht scheuen werden, sollte nicht außer Acht gelassen werden, dass über die Zukunft Vietnam nicht allein in der Führungsspitze entschieden wird, sondern dass sie ihre Politik nur mit Hilfe eines Partei- und Staatsapparats durchsetzen können, der in der Ära der Reformen weniger Motor der Entwicklung gewesen als von ihr getrieben worden ist und den Erneuerungsinitiativen eher abwartend als gestaltend gegenübergestanden hat.

General Giap hat jüngst in einem Interview die ausufernde Bürokratie für die »Erstarrung der Partei« verantwortlich gemacht. Vieles deutet indes darauf hin, dass diese »Erstarrung« auf dem mangelnden Konsens über den zukünftigen Kurs der Partei beruht. Aufgrund ihres leninistischen Selbstverständnisses und des damit verbundenem Dogmas von der monolithischen Geschlossenheit der Partei kann dieser Dissens nicht kreativ genutzt werden, um in einem offenen Widerstreit der Meinungen zu einer neuen Strategie zu gelangen. Vielmehr muss die Fiktion von der Einheit der Partei um jeden Preis aufrechterhalten werden. Dies kann aber nur dadurch geschehen, dass man sich auf den kleinsten gemeinsamen Nenner als ideologische Basis verständigt und Entscheidungen lieber hinausschiebt als fällt.

Erstarrte Partei in einer dynamischen Gesellschaft

Wie wird sich diese Erstarrung des Apparats auf die weitere Entwicklung auswirken? Grundsätzlich gibt es hierzu zwei Auffassungen. Die erste geht davon aus, dass sich Wirtschaft und Gesellschaft weiterhin in rasantem Tempo verändern und dass die Blockaden des politischen Systems schlicht umgangen werden. »Die Partei hat

ihre Dogmen, wir unsere Mittel und Wege«, ist eine Redensart in Vietnam, die dieses Verhältnis auf den Punkt bringt. Zudem wird häufig auf die Anfänge der Reformpolitik verwiesen, die mit mehr oder weniger spontanen Aktionen an der Basis ihren Ausgang genommen, dann aber schnell Nachahmer gefunden hatte. Letztendlich musste die Partei nolens volens dieser Entwicklung ihre Zustimmung erteilen, die sie mangels eines realisierbaren Gegenkonzepts nicht hatte verhindern können.

Folgt man dieser Logik, so wird der Parteiapparat langfristig an Bedeutung verlieren und letztlich nur noch Staffage eines politischen Systems sein, dessen privatwirtschaftliche Basis geradezu automatisch die entsprechenden politischen Veränderungen nach sich ziehen wird. Die allgemeine Begeisterung, mit der Bill Gates Ende April wie ein Pop-Star in Hanoi empfangen wurde, während der Parteitag nur ein mäßiges öffentliches Interesse fand, kann als anschaulicher Beleg für diese These gelten.

In der wissenschaftlichen Diskussion über Vietnam hat diese Auffassung nicht allzu viele Anhänger. Die meisten Experten gehen davon aus, dass es zwischen der ersten Periode der Reformpolitik und der nun anstehenden Phase grundlegende Unterschiede gibt. Waren die achtziger und neunziger Jahre vor allem vom Niederreißen administrativer Hemmnisse geprägt, um privaten Akteuren größere wirtschaftliche Handlungsspielräume zu verschaffen, so wird es in der nun anstehenden Phase darum gehen, Strukturen und Institutionen zu schaffen, mit deren Hilfe neue Herausforderungen bewältigt werden können. Der Aufbau eines unabhängigen Justizwesens, die Finanzierung der öffentlichen Haushalte durch ein Steuersystem, das nachvollziehbar und überprüfbar ist, die Entfaltung von Möglichkeiten zur Kontrolle politischer Macht aber auch die Ausbildung von Experten, die Vietnams wirtschaftliche Interessen auf internationaler Ebene wie zum Beispiel in der WTO erfolgreich verteidigen können, sind hier

als vorrangige Aufgaben zu nennen. Es sind im Übrigen Bereiche, in denen sich die deutsche und die europäische Entwicklungszusammenarbeit in zunehmendem Maße engagiert.

Einzelne Bausteine dieser zukunftsweisenden und zukunftsfähigen Institutionen sind durchaus vorhanden. Es gibt sie auf den verschiedensten Ebenen eines politisch-administrativen Systems, das in seiner Mehrheit jedoch stärker an der unmittelbaren Machtsicherung als an langfristigen Problemlösungen interessiert zu sein scheint. Damit solche Reformansätze keine Insellösungen bleiben oder in Sackgassen enden, ist die Unterstützung durch die Partei- und Staatsführung notwendig. Ihre Aufgabe müsste es sein, diese Initiativen zu unterstützen und zu systematisieren und nicht nur Gesetze bzw. Ausführungsbestimmungen zu erlassen, sondern auf politischer wie administrativer Ebene Strukturen zu schaffen, die ebenso transparent wie effizient sind.

In den vielfältigen Diskussionen, die im Vorfeld des Parteitags geführt wurden, war immer wieder die Rede von der »goldenen Chance«, die die Partei nun ergreifen müsse. Wiederholt wurde darauf hingewiesen, welche hohen Kosten Vietnam bereits bezahlen musste, weil Entscheidungen – wie zum Beispiel im Fall des bilateralen Handelsabkommens mit den USA – viel zu spät gefällt worden waren. Der 10. Parteitag hat diese »goldene Chance« offensichtlich erst einmal ungenutzt verstreichen lassen.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2006
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364